

## **Antrag**

**der Abgeordneten Kersten Artus, Heike Sudmann, Norbert Hackbusch,  
Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Steuererhöhung für Beratungen gefährdet die Verbraucherzentrale –  
der Landeszuschnitt muss entsprechend erhöht werden!**

Die Verbraucherzentrale Hamburg muss ab 2012 für ihre kostenpflichtigen Beratungen 19 Prozent Umsatzsteuer bezahlen. Bisher wurde nur der ermäßigte Satz von 7 Prozent fällig. Die Verbraucherzentralen werden dadurch bundesweit mit 850.000 Euro jährlich zusätzlich belastet werden. Die zusätzlichen Abgaben werden vor allem Geringverdienerinnen und -verdiener treffen, wenn nicht das Land Hamburg die Steuererhöhung durch einen entsprechend erhöhten Landeszuschnitt ausgleicht.

Die Mehrbelastung für die Verbraucherzentrale Hamburg (VzHH) wird für 2012 vom Senat auf 75.000 Euro geschätzt. Der von der Bürgerschaft beschlossene Haushalt sieht diese Mittel für 2012 nicht ausdrücklich vor. Es muss daher aber nachträglich eine entsprechende Erhöhung des Landeszuschnittes geben. Die Bundesländer Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern haben bereits einen entsprechenden Ausgleich in Aussicht gestellt.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. den Landeszuschnitt an die Verbraucherzentrale Hamburg für das Jahr 2012 um 75.000 Euro zu erhöhen;
2. der Bürgerschaft bis zum 31.02.2012 darüber Bericht zu erstatten, in welcher Art und Weise das Angebot der Hamburger Verbraucherzentrale durch die Erhöhung des Landeszuschnittes weiterhin auf dem bisherigen Niveau gehalten werden konnte.